

An die Oberbürgermeisterin, Frau Bärbel Dieckmann  
An die Fraktionen, Gruppen und Einzelstadtabgeordneten im Rat der Bundesstadt Bonn  
Altes Rathaus  
Am Markt  
53103 Bonn

„Haus der Bildung“ an der Quantiusstraße

Bonn, den 31. 5. 2006

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,  
sehr geehrte Damen und Herren!

In großer Eile und fast unbemerkt von der Öffentlichkeit soll am 14.6.2006 vom Rat der Stadt Bonn der Bau eines „Hauses der Bildung“ in der Quantiusstraße beschlossen werden. Dieses außerordentlich befremdliche Vorgehen gibt Anlass zu folgenden kritischen Rückfragen:

- 1) Die **Bürgerwerkstatt** ist gerade eben zu Ende, da kommt dieses neue Projekt auf den Tisch. Warum wurde es nicht in die Bürgerwerkstatt eingebunden?  
Diese Planung missachtet den Bürgerwillen in doppelter Hinsicht:
  - a. Die Bürgerinnen und Bürger hatten ausdrücklich die Einbeziehung des Bereichs hinter dem Hbf. in die Gesamtplanung „Bahnhofsbereich“ gefordert; von diesen Bauplänen aber, die ja nicht erst seit heute existieren, hat niemand der Beteiligten etwas erfahren.
  - b. Bei möglichen Nutzungen der Neubauten vor dem Hbf wurde u. a. auch an kulturelle Einrichtungen gedacht (wenn auch nicht an die Stadtbücherei, die im alten Stadthaus einen optimalen Standort hat) – jetzt sollen diese plötzlich an der Quantiusstraße untergebracht werden. Damit wird die Arbeit der Bürgerinnen und Bürger, die sich in der Bürgerwerkstatt mit Nutzungskonzepten auseinandergesetzt haben, desavouiert!

Vertreter aller Fraktionen sowie Bedienstete aus verschiedenen Ressorts der Verwaltung waren ständige Begleiter der Bürgerwerkstatt. Warum haben diese ihr Wissen den Bürgerinnen und Bürgern vorenthalten?

- 2) Das Gelände an der Quantiusstraße gehört der DB-AG. Der Investor erwirbt es nicht zum Nulltarif. Der mit Sicherheit sehr hohe **Grundstückspreis** wird später durch die Miete wieder hereingeholt. Der Mieter ist jedoch die Stadt – also bezahlt die Stadt den Grundstückspreis, ohne Eigentümer zu werden. Das ist ein denkbar schlechtes Geschäft!
- 3) Seit Neuestem gilt es angesichts der hohen Verschuldung der Stadt als **die Lösung, städtisches Eigentum zu verkaufen** und für die städtischen Einrichtungen **Fremdeigentum anzumieten**. Das ist **unwirtschaftlich** und nicht nachhaltig. Verkaufen kann man nur einmal, die Einnahmen sind in kurzer Zeit ausgegeben, die Mietkosten aber bleiben und nehmen zu – von welchem Geld sollen sie künftig bezahlt werden? Den nachfolgenden Generationen werden dauerhafte Mietkosten aufgebürdet, gegen die sie sich nicht wehren können, weil das Eigentum weg ist!
- 4) Beim Bauprojekt „Haus der Bildung“ an der Quantiusstraße bietet sich die Stadt als **Ankermieter** an, der dafür sorgt, dass sich das Bauvorhaben für den Investor rechnet. Ist das in Ordnung so? Den Nutzen hat der Investor – die Kosten trägt die Stadt? Wieso soll es billiger sein, für einen langen Zeitraum teure Miete für einen Neubau zu bezahlen, anstatt das vorhandene Eigentum zu nutzen und Stück für Stück zu sanieren?

- 5) Die 450000 Euro Mehrkosten, die der Kämmerer vorrechnet, sind vermutlich „Peanuts“ im Vergleich zu den Dauerkosten, die auf die Stadt zukommen, wenn sie ihr Eigentum abstößt und stattdessen Fremdeigentum anmietet. Es sollte ein **solider Kostenvergleich** stattfinden – und zwar öffentlich. Viele Bürgerinnen und Bürger kennen sich aus mit solchen Geschäften. Warum wird ihre Sachkompetenz nicht genutzt?
- 6) Warum muss eine so schwer wiegende Entscheidung unter solchem **Zeitdruck** erfolgen? Wer hat ein Interesse daran, dass der Rat j e t z t seine Zustimmung gibt?  
Es sollte nicht vergessen werden, dass es fremdes (öffentliches) Eigentum ist, über das hier entschieden wird. Umso größer ist die Verantwortung! In persönlichen Angelegenheiten würde sich niemand drängen lassen, eine folgenschwere Entscheidung zu fällen, bevor alle Vor- und Nachteile sorgfältig erwogen sind!
- 7) Zur Zeit werden alle Einwendungen abgeschnitten mit dem Argument: Es ist kein Geld da! Deshalb hier zum Schluss **einige Anregungen**, wie sinnvoll gespart werden könnte:
  - a. Unnötige Ausgaben streichen! Warum werden z.B. ständig neue Gutachten in Auftrag gegeben? Warum werden diese Untersuchungen nicht von städtischen Bediensteten erledigt? Es wird doch niemand behaupten wollen, die seien nicht kompetent?
  - b. Angemietete Räume kündigen und die städtischen Häuser nutzen. Ins Godesberger Rathaus z.B. könnte die Volkshochschule einziehen, ebenso die Stadtbücherei; auch das Standesamt gehört unbedingt nach Godesberg zurück.... Der Kämmerer sollte einmal auflisten, wie viel Mietkosten allein in Godesberg dadurch eingespart würden!
  - c. Mit der Sanierung der vernachlässigten Häuser anfangen – sofort! Man beginnt da, wo es am dringendsten nötig ist, und arbeitet sich langsam vorwärts, bis alles fertig ist. Auch wenn es 10 Jahre dauert! Danach hat man jedenfalls ein piekfeines Eigentum und kann v e r mieten, anstatt ständig steigende Mieten zahlen zu müssen.
  - d. Es wäre auch ein positives Zeichen, wenn die Verantwortlichen der Stadt selbst mit Hand anlegten, wenn es darum geht, das vernachlässigte Eigentum aller Bürgerinnen und Bürger wieder in Ordnung zu bringen. Eltern tun das in den Schulen seit vielen Jahren – kostenlos, in ihrer Freizeit, zum Teil wird nicht einmal das Material gestellt. Ein nachahmenswertes Modell – oder?

Wir bitten Sie freundlich um möglichst baldige Beantwortung dieser Fragen.  
Eine Kopie dieses Schreibens geht an die Presse.

Mit freundlichen Grüßen